

**Ein nobler Dickschädel**  
Komponist, Politiker, Emigrant:  
Der griechische Jahrhundert-  
künstler Mikis Theodorakis  
wird 95 Jahre alt.  
Seite 9

**Demokratischer Konsens passé**  
Im Fall der Rigaer Straße geht  
die Berliner CDU entgegen  
allen Beteuerungen ein Bündnis  
mit der AfD-Fraktion ein.  
Seite 11

**Blinde Bilanzkontrolleure**  
Auch Wirtschaftsprüfer haben  
in der Wirecard-Affäre versagt.  
Haben sie den Betrug nicht  
entdeckt – oder weggesehen?  
Seite 15

Nr. 175

Mittwoch, 29. Juli 2020

75. Jahrgang

Preis: 2,10 €

STANDPUNKT

**Der Hungertod ist vermeidbar**

Martin Ling über Coronafolgen für mangelernährte Kinder

»Jedes Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.« Das Diktum des Kapitalismuskritikers Jean Ziegler stimmte schon vor der Corona-Pandemie und es stimmt unverändert. Nur die Zahl der zusätzlich Verhungerten ist offen: Nach derzeitigem Stand drohen laut dem US-Entwicklungspolitik-Institut IFPRI durch die verheerenden Folgen der Coronavirus-Pandemie in diesem Jahr bis zu 180 000 Kinder unter fünf Jahren zusätzlich zu verhungern. In den Jahren vor Corona waren es zuletzt weit über zwei Millionen Kinder, die pro Jahr den Hungertod starben. Es ist kein Trost, dass wenigstens die Tendenz seit 1990 nach unten zeigt, als noch über sechs Millionen Kinder die Mangelernährung nicht überlebten. Und auch jene, die sie überleben, tragen meist bleibende Schäden in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung davon.

Die Corona-Pandemie mag Schicksal sein, der Hunger war und ist es nicht. Es gibt Konzepte, um die Länder des Globalen Südens widerstandsfähig gegen den Hunger zu machen. Schon 2008 kam der Weltagrarat – über 400 Expertinnen und Experten aller Kontinente und Fachrichtungen – in seinem Abschlussbericht zu der Erkenntnis, dass der Weg zur Bekämpfung von Hunger und Armut in der Förderung der Agrarökologie liege. Passiert ist seitdem so gut wie nichts, weil die reichen Staaten aus dem Globalen Norden an ihrer Agrarpolitik festhalten. So verschaffen sie ihrem Agrobusiness von Monsanto über Glencore bis Tönnies Profite, die auf Kosten von Arbeits- und Umweltbedingungen sowie in letzter Konsequenz auf Kosten von Kindern gehen. Denn die Überschüsse des Nordens werden auf den Märkten des Südens zu Dumpingpreisen verramscht, was lokale Agrarproduktion zerstört. Solange dem Globalen Süden Ernährungssouveränität verwehrt wird, werden weiterhin Kinder verhungern.

UNTEN LINKS

Corona macht gar nicht alles kaputt. Mit Erleichterung vernehmen wir, dass die Preise von **Eigentumswohnungen** auch in den Zeiten der Pandemie weiter steigen. Berlin, Hamburg, München, überall in der Republik müssen sich die Leute überhaupt keine Sorgen machen, dass der Viruswahnsinn den Mietenwahnsinn einfach so hinwegfegen würde. Es ist ja wichtig, dass in unruhigen Zeiten nicht alle alten Gewissheiten von einem Tag auf den anderen einfach so verschwinden. Auch deutsche Mietwohnungen sind für Investoren im Vergleich noch mal attraktiver geworden. Denn bei den meisten übernimmt schließlich der Staat die Mietkosten. Ganz anders, als das bei Büros oder Läden gehandhabt wird. Und wenn doch zunächst der Gerichtsvollzieher und dann der Mieter vor der Tür steht, hat der Staat in all den leerstehenden Gewerberäumen fantastische Möglichkeiten für neue Notunterkünfte. Und dann klingelt auch bei diesen Vermietern wieder die Kasse. Ist es nicht herrlich, dass Betongold unser Fels in der Brandung ist? Ein dreifaches Hoch auf das System! *nic*



Bolsonaro und Corona: Wandbild in der brasilianischen Metropole São Paulo

Den Haag. Ein Bündnis brasilianischer Gewerkschaften hat Präsident Jair Bolsonaro wegen Menschenrechtsverbrechen während der Corona-Pandemie vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angezeigt. Die Kläger, die mehr als eine Million Beschäftigte des Gesundheitswesens vertreten, werfen Brasiliens Staatschef vor, durch das Unterlassen von Schutzmaßnahmen für das Gesundheitspersonal und die Bevölkerung sowie das Ignorieren der Richtlinien der internationalen Gesundheitsbehörden mitverantwortlich für den Tod von Zehntausenden Menschen zu sein. Angeführt wird die Klage von der auf dem ganzen Doppelkontinent tä-

tigen Organisation Uni Americas, die Teil der in mehr als 150 Ländern wirkenden Föderation von Gewerkschaften UNI global union ist. Kürzlich war Bolsonaro nach eigenen Angaben selbst an Covid-19 erkrankt und zwei Mal positiv auf das Coronavirus getestet worden. Seine Genesung führt er auf die Einnahme des von ihm offensiv beworbenen Malaria- und Rheuma-Medikaments Hydroxychloroquin zurück, dessen Wirksamkeit bei der Behandlung von Infektionen mit dem neuen Coronavirus nicht bewiesen ist. Wie Donald Trump, der als Staatschef die USA zum größten Corona-Hotspot weltweit werden ließ, preist auch sein brasilianischer

Nachahmer Hydroxychloroquin und das damit eng verwandte Chloroquin seit Beginn der Pandemie vernunftwidrig als Wundermittel an. Zwei Gesundheitsminister, die diese Linie nicht mittragen wollten, mussten bereits gehen. Seit zwei Monaten führt nun ein Militärkommissarisch das Gesundheitsressort. Anders als die USA, die den Internationalen Strafgerichtshof ablehnen und sabotieren, damit an Aggressionsverbrechen beteiligte US-Bürger straffrei bleiben, ist Brasilien Vertragspartei des ihm zugrunde liegenden Rom-Statuts. Das Tribunal ist allerdings nicht automatisch verpflichtet, der Anrufung Folge zu leisten. *pst/nd* **Seite 5**

**Mehr Kinder hungern in Zeiten der Pandemie**

Bis Ende des Jahres droht zusätzlich 6,7 Millionen Mädchen und Jungen akute Mangelernährung

Das UN-Kinderhilfswerk Unicef hat vor einer dramatischen weltweiten Zunahme der Mangelernährung unter kleinen Kindern als Folge der Coronakrise gewarnt.

MARTIN LING

»Es wird immer deutlicher, dass die Auswirkungen der Pandemie den Kindern mehr Schaden zufügen als die Krankheit selbst«, sagte Henrietta Fore am Dienstag in New York. Dort stellte die Exekutivdirektorin des UN-Kinderhilfswerks Unicef einen neuen Bericht vor. Die Grundthese: Vermehrte Armut, Versorgungsgengpässe und steigende Lebensmittelpreise infolge der Pandemie führten zu mehr Hunger.

Akute Mangelernährung ist laut Unicef lebensbedrohlich. Betroffene Kinder seien zu dünn für ihre Körpergröße und hätten ein höheres Risiko zu sterben oder in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung zurückzubleiben. Laut Unicef waren 2019 schätzungsweise 47 Millionen Kinder unter fünf Jahren akut mangelernährt. Humanitäre Hilfsorganisationen benötigen den Angaben nach 2,4 Milliarden US-Dollar (rund 2,0 Milliarden Euro), um Kinder und Mütter bis Ende des Jahres mit Ernährungsprogrammen zu unter-

stützen. Die Coronakrise und damit einhergehende Beschränkungen werden im ersten Pandemiejahr UN-Schätzungen zufolge zum Hungertod von mehr als 10 000 Kindern pro Monat führen. Betroffen seien Regionen, die ohnehin unter Nahrungsmittelknappheit liden, warnten die Vereinten Nationen am Montag. Vier UN-Behörden verwiesen in ihrer düsteren Prognose auf landwirtschaftliche Höfe mit kärglichen Erträgen, die von Märkten abgeschnitten seien, sowie auf Dörfer, die von Lebensmittel- und Medizinlieferungen nicht erreicht würden. Die zunehmende Mangelernährung werde Langzeitfolgen haben, hieß es. Aus individuellen Tragödien drohe damit eine Generationenkatastrophe zu werden.

Zusätzlich mehr als 550 000 Kinder seien jeden Monat vom sogenannten Wasting-Syndrom betroffen, teilten die UN mit. Dabei handelt es sich um Mangelernährung, die sich in spindeldünnen Gliedmaßen und extrem aufgeblähten Bäuchen äußert. Das Wasting-Syndrom und Verkümmern können bei einem Kind dauerhafte körperliche und psychische Schäden verursachen. »Die Auswirkungen der Covidkrise auf die Lebensmittelsicherheit werden sich noch in vielen

Jahren zeigen«, sagte Francesco Branca, Chef für Ernährung bei der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Seit 1980 hat die Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren stetig abgenommen. 2018 starben weltweit 5,3 Millionen Kleinkinder, etwa 45 Prozent dieser Tode seien auf Unterernährung zurückzuführen.

nd  
RATGEBER

Lesen Sie heute:

- Rechtsschutz für Mieter: Rückendeckung für alle Fälle
- Haus und Garten: Die Tipps für Monat August
- Immobilien-Erbe: Was es zu beachten gibt

**Haft für türkische Kommunisten**

Demonstranten in München bezeichnen Verfahren als Schauprozess

München. Das Oberlandesgericht München hat zehn türkische Kommunisten wegen Mitgliedschaft in einer in der Türkei als Terrorgruppe eingestuftem Organisation zu teils langen Haftstrafen verurteilt. Nach mehr als vierjähriger Verhandlungsdauer kam das Gericht am Dienstag zu dem Schluss, dass die Angeklagten für die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) Mitglieder geworden, Veranstaltungen organisiert, und Geld beschafft hatten.

Die neun Männer und eine Frau mussten sich seit Juni 2016 vor Gericht verantworten. Wie zu Beginn des Prozesses demonstrierten auch zur Urteilsverkündung Anhänger der Angeklagten, die sich als Freiheitskämpfer sehen. Unterstützer bezeichneten das Verfahren als Schauprozess. Die Verteidiger kritisierten, dass die deutsche Justiz sich mit dem Urteil zur Handlangerin des türkischen Staates mache und sich auf Ermittlungen aus der Türkei stütze. Mehrere Anwälte kündigten Rechtsmittel an. Die Angeklagten hätten hierzulande nicht gegen Gesetze verstoßen. *dpa/nd* **Seite 4**

**Drohmails auch an Josef Schuster**

Chef des Zentralrats der Juden unter Empfängern der »NSU 2.0«-Schreiben

Frankfurt am Main. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, ist unter den Empfängern von Drohmails mit dem Absender »NSU 2.0«. Wie der Zentralrat der Juden am Dienstag bestätigte, hat Schuster ebenso wie der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, Anfang 2019 eine »NSU 2.0«-Drohmail erhalten. Mazyek hatte vorige Woche öffentlich gemacht, solche Mails erhalten zu haben. Eine war auch an Schuster adressiert worden. Auch der Zentralrat der Juden als Institution hatte solche Mails erhalten. Auch in diesem Jahr habe es das schon gegeben. Die Hassmails seien zur Anzeige gebracht worden.

Schuster ist neben Mazyek der zweite hochrangige Religionsvertreter, der Drohmails erhalten hat. Bisher sind den Behörden in Hessen laut Innenminister Peter Beuth (CDU) 69 Drohmails mit dem Absender »NSU 2.0« bekannt. Im Zuge der Ermittlungen dazu, so wurde am Montag mitgeteilt, nahm die Polizei einen ehemaligen bayerischen Polizeibeamten und dessen Ehefrau vorläufig fest. *epd/nd* **Seiten 2 und 10**

**Entspannung im östlichen Mittelmeer**

Streit um Erdgasfelder zwischen Türkei und Griechenland vorerst beruhigt

Athen. Im Streit zwischen der Türkei und Griechenland um die Erkundung von Erdgasfeldern im östlichen Mittelmeer entspannt sich die Lage. Die Regierung in Athen begrüßte am Dienstag die Entscheidung der Türkei, auf umstrittene Forschungsfahrten unter anderem südlich von Kreta zu verzichten. Aus dem griechischen Verteidigungsministerium hieß es, die Türkei habe die meisten Kriegsschiffe abgezogen. Auch die meisten griechischen Schiffe seien zurück in ihren Stützpunkten.

Die Entspannung führen griechische Medien auf eine Vermittlung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zurück. Sie habe vergangene Woche mit dem griechischen Premier Kyriakos Mitsotakis und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan gesprochen. Eine Dauerlösung des Konflikts um Hoheitsrechte in Ägäis und östlichem Mittelmeer ist das aber noch nicht. Ankara stellt den Status zahlreicher griechischer Inseln in Frage und will darüber mit Athen verhandeln. Athen ist nur bereit, über den Festlandssockel im östlichen Mittelmeer zu diskutieren. *dpa/nd*

